

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Verlag und Redaktion: Leipzig, Windmühlenstraße 12/14.
Anzeigen- und Abonnementsannahme für Leipzig:
Reudnis, Stötteritzer Straße 4.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementstpreis monatlich 1.50 Mk.
Anzeigenpreis: die 7 gespaltene Monoparalle-Zeile 75 Pf.,
kleine Anzeigen jeder Zeile 15 Pf., jede weitere Zeile 15 Pf.

Wer zahlt die Noske-Garden?

Der Krieg gegen die proletarische Demokratie.

Gegen Braunschweig marschiert General Müller, um mit Geschütz und Minenwerfern die Räterepublik niedergeschlagen.

Aus München konzentriert die Bamberg Regierung alle militärischen Machtmittel und bietet die Bauern auf um die Stadt auszuhungern.

In Braunschweig wie in München steht die ungeheure Mehrzahl des Proletariats hinter der Räterepublik.

Im Ruhrrevier machen die Nosketruppen auf die Streikleitung, hinter der 400000 Bergleute stehen, Jagd wie auf Hosen und Katzen nach Belieben auf sie los.

Nicht mehr können die Ebert-Scheidemann-Noske den Proletariern sagen, daß sie die Mehrheit gegen Gewaltakte der Minderheit schützen.

Es ist der offene Kampf gegen die proletarische Demokratie, im Interesse der kapitalistischen Minderheit, der jetzt von diesen Massenschlächtern geführt wird.

Wenn es je eine Schreckensherrschaft einer Minderheit gab, so wird sie jetzt ausgeübt von den ungeblichen Verteidigern der „Demokratie“.

Die mächtigste, stärkste Waffe, die das Proletariat in diesem Augenblick hat, um den kapitalistischen Terror zu brechen, ist der Generalstreik.

Die „Botschaft des Ebert“, die die Arbeiter auffordert zu arbeiten, in diesen Fällen der brutalen Gewalt, wird sie erfüllt als eine schamlose Henchlei.

Was wird das deutsche Proletariat antworten? Was kann es antworten, wenn es nicht sich selbst zu Sklaven degradieren will, als:

Alle Mann an Bord gegen die Schlächter des Proletariats!

Keine Arbeit, solange Maschinengewehre und Minenwerfer gegen die proletarische Demokratie wüten!

verbreitete sich mit großer Schnelligkeit in der Umgebung und hat außerordentliches Aufsehen erregt.

Diese schändliche Aktion, die in dem Telegramm mit ähnlicher Schwachsinnigkeit gehäuselt wird, daß Niederrhein der Streikleitung, lebt dem Mörderregiment der Scheidemann-Noske die Krone auf.

Die Bergleute in ganz Deutschland müssen begreifen, daß es jetzt um Sein oder Nichtsein geht, daß der weiße Schreden um jeden Preis und mit allen Mitteln niedergeschlagen wird.

Und die gesamte deutsche Arbeiterklasse: sie muß angeföhrt dieser ruchlosen Tat die Antwort finden.

Diese Aktion ist ein Faustschlag ins Gesicht der ganzen deutschen Arbeiterklasse.

Diese Aktion proklamiert die ganze Arbeiterklasse zum Freiwiligen der Noskegarden, wenn sie gegen die Kapitalsherrschaft sich aufzubauen wagt.

Jetzt oder nie muß die Arbeiterklasse ganz Deutschland den Mordnächten des Kapitals, den Ebert-Scheidemann-Noske mit Donnerstimme antworten: „Fort mit Euch!“

Sie oder nie muß sie Sozialität üben, muß sie ihre gesamte wirtschaftliche Macht anwenden, um die verbrauschten Hände zu lähmen, die das Morden gegen ihre Brüder richten.

Kommunisten in Bayern.

Augsburg, 15. April. (W. T. B.) Seit 1 Uhr nachmittags ist die direkte Telefonverbindung von Augsburg nach München wieder hergestellt. München befindet sich vollständig in der Gewalt der Kommunisten. Die Diktatur des Proletariats ist ausgetreten. Der Kampf um den Hauptbahnhof, der mit Artillerie, Maschinengewehren, Jagdwaffen und Minenwerfern ausgetragen wurde, dauerte etwa drei Stunden und hatte das Ergebnis einer förmlichen Schlacht. Er forderte etwa 150 Tote und Verwundete und endete mit dem Sieg der Kommunisten. Die Regierungstruppen wurden entwaffnet. Nach diesem Erfolg war das Schicksal der Stadt besiegelt. Von einer offenen Gegenbewegung ist nichts zu hören. Die ganze Garnison steht jetzt

im Dienste der neuauferührten Herrschaft des Proletariats. Die Zahl der bewaffneten Arbeiter ist außerordentlich groß, so daß die Kommunisten eine starke Macht hinter sich haben. In ganz München herrscht Generalstreik. Alle Betriebe und Geschäfte sind geschlossen. Der Straßenbahnenverkehr ruht. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Berlin, 16. April. (W. T. B.) Morgenblattmeldungen. — Die Lage der bayerischen Regierung gilt, wie die Blätter übereinstimmend sagen, naß wie vor als ernst. Vom Vossischen Zeitung reiste gestern Ministerpräsident Hoffmann mit dem Militärmintister mit unbekanntem Ziel von Bamberg ab. Wie das Tageblatt berichtet, befinden sich seit gestern morgen große bayerische Truppenmassen mit Artillerie und Minenwerfern auf dem Wege nach der bayerischen Hauptstadt. Wann es dort zum entscheidenden Schlag kommen werde, sei noch nicht abzusehen. Es sei anzunehmen, daß die Regierung wartet werden, bis sie im Umkreis Münchens über eine genügende Anzahl tüchtiger und zuverlässiger Truppen verfüge. Dem Volksanzeiger zufolge ist in München der Anarchist Sandheimer aus Ruder gelangt und mit ihm die allertraditionelle kommunistische Richtung. Ein Beispiel des Terrors, den die Anhänger Lewins ausüben, ereignete sich dem Tageblatt zufolge gestern Morgen auf dem Hauptbahnhof, wo ungefähr 300 Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem Arbeiterzug nach Dachau fahren wollten. Gerade als der Zug abfahren wollte, befahl ein bewaffneter Zivilist: Der Zug darf nicht abfahren. Alle Eingestiegenen mußten die Wagen wieder verlassen.

„Wir wollen arbeiten!“ hörte man. „Wir wollen unsere Kinder nicht verhungern lassen!“ — Wie das Tageblatt berichtet, hat sich ein neuer Aktionsausschuß in München unter der Führung Lewins und der Russen Lewine und Krebs gebildet.

Preußische Truppen wollen holen.

Bamberg, 15. April. In mitteldeutschen Kreisen ist man der Ansicht, daß es nur mit Hilfe preußischer Truppen gelingen könnte, zu helfen, ehe es zu spät ist, da in Bayern selbst nicht genugende Truppen zur Verfügung stehen. Vor allem aber muß die militärische Leitung der Operationen in die Hand eines fähigen Generalkäblers gelegt werden. Alles in allem drückt man sich in der Regierung nachdrücklichste pessimistisch über die nächste Zukunft der bayerischen Hauptstadt aus.

Die Leibgarde des Kapitals.

Vor grauen Seiten einmal schnorte der Graf Posadowitsch lumpige 20000 Mark beim Buch Deutscher Industrieller zusammen, um damit irgendeine Pressepropaganda zu betreiben. Damals fiel dem „Vorwärts“ das Schriftstück in die Hand. Man schlug furchtbar lärm: in der Presse, in Versammlungen, im Reichstag, überall wurde das Schriftstück der öffentlichen Verachtung preisgegeben. Bis zum 4. August 1914, als die Kaiserliche deutsche Sozialdemokratie alles Vergangene vergaß, waren und blieben die 20000 Mark des Grafen Posadowitsch ein Kabinettstück jeder sozialdemokratischen Versammlungsrede.

Heute hat die Szene gewechselt. Nicht sind die Bülow und Posadowitsch mehr die entlaufenen Agenten des Kapitals, die 20000 Mark für eine Pressefehde gegen das Proletariat drauschen. Heute geht es gegen das Proletariat mit Hauen und mit Stechen, mit Morden und Ermorden, mit Maschinengewehr und Handgranate. Kein Täufertuli wird heute mehr gesucht, sondern eiserne Legionen, die Tod und Verderben bringen.

Und nicht mehr lumpige 20000 Mark bringt heute das Kapital auf. Es legt heute Millionen auf dem Altare seines „Vaterlandes“ nieder.

Die entlaufenen Agenten des Kapitals oder die Schläger nicht mehr für Verleumder, sondern für Mord des Proletariats, die heißen heute: Ebert-Scheidemann-Noske.

Tausende von Proletarien haben sie schlagen lassen, Hunderte schlachten sie täglich, ihre Garden hausen durch Altdenmark heute oder morgen dort, sie stellen Ordnung und Recht wieder her, und hinter all dem Morden steht feindlich, höhnend, bezahlend der deutsche Kapitalismus.

Der Brief, den wir im vorliegenden veröffentlichten und der ein gütiges Gedächtnis auf unseren Tod brachte, nimmt den letzten Schleier von allen Motiven der Ebert-Scheidemann-Noske.

Jetzt weiß der deutsche Proletarier, für wen die Ebert-Scheidemann-Noske morden lassen.

Jetzt weiß er, für wen, auf wessen Geheiß seine Brüder gestorben sind und sterben.

Jetzt wissen auch die Freiwilligen-Bünde, die Soldaten unter ihnen, selber, wofür sie kämpfen, für welchen Interesse man zu töten ihnen befiehlt.

Der Brief ist geschrieben vom Leiter der Hauptmeldestelle des Freiwilligen Landes-Jäger-Korps in Steglitz.

Es wird ein ewiges gesichtloses Dokument bleiben für die Niedertracht der Ebert-Scheidemann-Noske, die den bezahlten Mord an der Klasse organisierten, die sie emporgehoben hat.

Sie gibt einen Einblick in die Organisation der Freiwilligentruppen selber: wie sie bezahlt werden, wie sie Schlachtfest(!) halten — es gibt noch Schlachtfeste in Deutschland — wie sie bearbeitet werden, wie sie gefiebert werden, wie sie befehligt werden, um das zu bleiben, wofür der Kapitalismus sie geworden hat: ein gefügiges Werkzeug gegen das Proletariat.

Das alles ist jetzt klar gestellt. Der Brief spricht für sich selber.

Er lautet:

Geheim.

An den Stab des Freiwilligen Landes-Jäger-Korps,

Von Seiten einer Vereinigung der Industriellen Deutschlands ist eine große Sammlung veranstaltet worden zu dem Zweck, die Stimmung in den Freiwilligenverbänden durch Lebensmittelzuschüsse zu heben. Diese Lebensmittel sollen sich die einzelnen Verbände selbst beschaffen.

Es werden ausschließlich pro Kopf und Woche etwa 20 Mark je Tag und ungehört bis Freitag hier eingetragen genau die Stückzuschüsse einzurichten, die von uns dann dem Korps Lüttich übermittelt werden. Die erste Rate von 100000 Mark ist uns bereits übergeben worden, und bitte ich um Anweisung, an welche Bank und auf welches Konto ich den Betrag überweisen soll.

Von dieser Spende sollen außer dem Herrn General, dem ersten Generalstaatssekretär, dem Intendanten und mir niemand etwas wissen. Da es wünschenswert erscheint, daß die Herkunft dieser Mittel nicht fälschlich Vermutungen führt und Tore öffnet. Die Auszahlung der nächsten Rate und jeder weiteren wird jetzt jeweils am Sonnabend stattfinden.

Ich möchte noch einmal wiederholen, daß dieses Geld lediglich für Essen, Trinken und Raumten Verwendung finden soll, wobei darauf gebachtet werden soll, daß Überabende veranstaltet werden, bei denen auch die Ange-

höriegen mitgebracht werden sollen. Derartige Vierabende ließen sich zur Verabredung von besonderen Lebensmitteln wie Schachkästen mit, als besonders erwähnte Einrichtung und als Zeichen für die Leute eingeschätzt.

Die bisher dem Propagandafonds gegebenen Mittel sollen auch weiterhin gewahrt werden, jedoch in wesentlich verringerter Menge, so dass also auf diesem Gebiete eine größere Übereinkunft eingehen müsste.

Es wird gewünscht, dass die Stimmen der Truppen durch Propaganda in machen gehoben werden soll. Die Propaganda- und Werbe-Offiziere sollen sich häufig regelmässig am Sonnabend auf dem Generalstabsmando Sitzung einfinden, um in gemeinsamen Besprechungen die Ausführung des Gesetzten vorzubereiten.

Aus diesem Grunde würde es sich empfehlen, wenn die Propaganda-Einheit vollständig nach hier verlegt werden würde. Diese könnte jeweils einmal täglich zu einer bestimmten Stunde mit Weimar in Verbindung stehen und dabei alles besprechen.

Sollte die Versetzung des Oberleutnants Koenig nach hier vorerst nicht so sehr wie durch mich selbst gewünscht werden, so würde ich vorschlagen, den mir betreuenden Direktor des Spemann-Verlages, Herrn Spemann, als Leiter dieser Stelle auszuweisen. Ich halte den Herrn hierfür für ganz besonders geeignet. Herr Spemann war während des Krieges in der Kriegsschancenherrengasse tätig, und ist als Beamtenkämpfer treter einhergehend gewesen. Wenn ich Herrn Spemann verpflichten soll, so würde ich bitten, ihm neben der dienstlichen Bezahlung noch eine Extraulage von 250 Mark monatlich zu bewilligen.

Als Propaganda werden vor allem ernste und humoristische Vorträge empfohlen, für welche das Generalstabsmando die nötigen Redner stellen kann. Des weiteren stellt das Generalstabsmando Vortraining zur Verfügung. Über die Auswahl der aufzuführenden Films, die von Seiten des Generalstabsmandos ausgewählt werden können, sollen die Wünsche der Soldaten entscheiden. Die Vorfürschaften sollen möglichst mit Vorträgen verbunden werden. Ein detailliertes Werk würde sich auf etwa 250 Mark stellen.

Bei den zu veranstaltenden Vierabenden wird ausdrücklich gewünscht, dass den Leuten Gelegenheit zur Aussprache gegeben wird und dass die Offiziere an diesen Abenden teilnehmen und dabei zu Aussprachen Gelegenheit geben. Wenn Vorträge ange-

setzt sind, so soll unter keinen Umständen den Teilnehmern durch Dienstleistungen die Teilnahme unmöglich gemacht werden, andererseits sollen die Leute unter keinen Umständen zu den Vorträgen, die ganz der Art der Leute angepasst sind, gezwungen werden. Die Räume sollen genügend geeignet und mit Stühlen oder Bänken versehen sein. Ein besonderes Augenmerk soll auf den Sport gelegt werden. Es sollen sportliche Veranstaltungen, wie Fußball, Völkerball usw. stattfinden. Zur Leitung dieser Veranstaltungen soll ein Offizier kommandiert werden, der die ganze Sache leitet. Dieser Offizier soll dafür sorgen, dass eine fröhliche Stimmung unter den Leuten bei diesen Veranstaltungen entsteht, auch sollen Preise für derartige Sachen ausgesetzt werden.

Es wird gewünscht, dass Vertreterleute ausgestellt werden, welche dazu dienen, die schlechten Elemente aus den Formationen zu entfernen, und die Kommandeure in der Feststellung der schlechten Elemente unterstützen. Diese Vertreterleute sollen parallel mit den anderen laufen. Es soll in der Wahl dieser Vertreterleute sehr vorsichtig vorgegangen werden und diesen Leuten eventuell eine Prämie ausgeschrieben werden. Seitens des Generalstabsmandos wird die bisherige Zeitung "Die Trommel" als Soldatenzeitung künftig erscheinen und in derselben ernste und heitere Dinge behandelt werden.

Es soll dafür Fürsorge getroffen werden, dass Mannschaften und Offizieren Zeitungen zur Verfügung stehen, die ihrem Denken und Empfinden entsprechen und die sozeitig in die Hände der Soldaten gelangen, dass sie noch neuen Datums sind.

Hierfür würde ich empfehlen, einen Vertrag mit der Deutschen Presse zu schließen, die täglich das vorherige Zeitungskontingent nach dort befördert, wo es von einem einzurichtenden Zeitungsdienst am Flugplatz abgeholt werden müsste.

Die Propaganda hier in Berlin soll gemeinsam gemacht werden, und zwar so, dass jeden Tag unter dem Aufsatz ein anderes Korps an erster Stelle genannt wird. Die Propaganda in der Provinz bleibt jedem überlassen. Plakate sollen, da sie zu teuer sind, in Megalithen kommen. Daedagen wird die Anfertigung von geeigneten Plakaten und deren Verkauf an die Soldaten deportiert. Hierzu möchte ich bemerken, dass ich mit dem bekannten deutschen Plakatisten, Professor Ludwig Hohlwein in München, befreundet bin und von diesem leicht zwei bis drei für diesen Zweck geeignete Plakatentwürfe bekommen könnte. Ich wäre bereit, die Lieferung der Karten selbst zu übernehmen, wenn eine genügend große Bestellung die Selbstkosten sichersetzen.

Sollten dortheit laufende Abhängigkeiten wegen Annahmestungen in Zeitungen abgeschlossen worden sein, so sind dieselben zugänglich zu machen.

Es ist des weiteren in Beratung beim Generalstabsmando, ob dem Generalsekretär eine Prämie ausgeschüttet werden soll. Ich möchte daher an dieser Stelle meinen müßig gemacht haben Vorschlag wiederholen, dass aus dem Propagandafonds an aufstellende Agenten eine Prämie von 102 Mark von jedem angeworbenen und durch uns angenommenen Mann bezahlt wird. Ich würde dann mein Werbegeld in etwa 6 bis 8 Abschläge ein teilen, für jeden Abschlag einen Werbedozierter versprechen, der wiederum in allen größeren Orten einen Agenten aufzustellen hat. Diese Agenten sollen entweder pensionierte Offiziere, alte Gardarmarachtmaster, Kriegsvereinevorsäßende und vergleichbare Leute sein.

Da diese Leute über die lokalen Verhältnisse und so auch über die Gesinnung der einzelnen Menschen am besten orientiert sind, so glaube ich, dass wir auf diese Weise rasch und gleichmäßig ein gutes Material bekommen könnten.

gez. Unterschrift (unleserlich).

Politische Übersicht.

Japan, der Völkerbund und die bolschewistische Gefahr in China.

Der "Tempo" veröffentlicht eine Broschüre des japanischen Delegierten bei der Friedenskonferenz, R. Nagashima, der wie folgende interessante Stellen entnehmen:

Wohin ist man mit der Friedenskonferenz gekommen? Man bemerkt nur einen Plan: Den Völkerbund! Ist das denn ein System, um den absoluten Frieden herzuführen? Nein, dazu ist er unterstellt die bewaffnete Macht, um die Entscheidungen durchzuführen. In der Tat steht man darin in zwei großen Gruppierungen vor Notionen, nach der Kritik eines amerikanischen Senators. Noch mehr, er wird die Monroe-Doktrin zu Gunsten der Vereinigten Staaten zu einem entgültigen Rechtsbegriff erheben. Das würde meiner Meinung nach nur zur Schaffung einer Neuerhebung dienen, dergestalt, dass die Vereinigten Staaten allein das Recht hätten, sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, während sie das Recht behalten, auf ihrem großen Revier frei zu handeln. Vom Gesichtspunkt der Gerechtigkeit aus kann man diesen Imperialismus nicht annehmen. Sicherlich bedroht dies den Weltfrieden im selben Maße wie der Panzerimperialismus. Man hat heute überall große Furcht vor dem Terrorismus der Bolschewisten und man hält mit großer Unruhe nach dem zweiten Gebiet im Nordosten Europas. Aber man vergisst, mit den Chinesen zu rechnen, die gegenwärtig am Bolschewismus in Russland teilnehmen. Man deutet leicht, wenn man die Geschichte Chinas studiert, dass dies monopolistische Volk sich sehr oft

dem Terrorismus in seinem eigenen Gebiet hingegeben hat und das es für die Ausländer sehr gefährlich ist, wenn es einmal in Asien gestartet ist.

Wenn 40 Millionen Menschen sich mit den Bolschewisten verbünden würden, so wäre das eine große Gefahr. Die Menschheit legt uns daher die Pflicht auf, diesen verhängnisvollen Magistraten vorzubeugen, indem wir so rasch als möglich den Frieden wieder herstellen.

Erstens: Die Unzufriedenheit der herrschenden Klasse in Japan mit der monoplistischen Rolle, die die Vereinigten Staaten für durch den Völkerbund auf dem amerikanischen Kontinent sichern wollen.

Zweitens: Der Wunsch, in China als Mandatäre der "Orientierung" aufzutreten. Der "Bolschewismus" in China ist für Japan nur ein Schiedsmittel, um sich von Europa dort die übertragenden Rolle, die er während des Krieges zu erlangen wünschte, befreien zu lassen: wozu allem Anschein nach wieder die europäischen Staaten nach Nordamerika Neigung haben.

Die Justiz entschliesst im Seine den imperialistischen Konflikt, der sich um die Randländer des Süßen Ozeans verbreitet und dessen Austragung mit verhindert werden könnte durch ein beschleunigtes Tempo der Revolution.

Kiamil Pascha gehängt.

Unter dieser Überschrift teilt der "Vorwärts" voller Genugtuung seinen Lesern mit, dass dieser Urheber der Armeniergräuel in Konstantinopel für seine Schandtaten gehängt worden sei.

Dann der vom "Vorwärts" und seinen Geschwistern genossenen betriebenen und gebilligten Kriegspolitik ist dem deutschen Leser über die Armeniergräuel wenig bekannt geworden. Er weiß nichts davon, dass dieses Volk aus "militärischen Rückgräten" von seinen Wohnorten entfernt und in fremden Städten und Internierungslagern untergebracht worden ist; im großen Stile und mit orientalischer d. h. noch mehr als preußischer Brutalität das, was die Originalpreußen in Nordfrankreich und in Polen machten.

Dem deutschen Leser ist dann auch nicht bekannt, dass, wie von den Nordfranzosen und Polen Zehntausende sterben, von den Armeniern Hunderttausende starben; dass viele Tausende am Wege vor Hunger und Entzündung niedersanken und elendiglich verbarben.

Nahelio ein ganzes, großes und begabtes Volk ist so vernichtet worden.

Das alles hat der "Vorwärts" und seinesgleichen dem deutschen Leser verschwiegen.

Und er hat auch verschwiegen, dass deutsche Augenzeugen dieser Grausamkeiten die deutsche Regierung ausschließlich im Interesse der Menschlichkeit, wenigstens einen Finger zu rütteln, damit der "harte Verbündete" solche Schandtaten lasse.

Er hat auch verschwiegen, dass nicht nur die deutsche Regierung das ablehnte, sondern auch gerade die deutschen Militärs in der Türkei es waren, die die Türken zu ihrer Hinterarbeit ermunterten.

Der "Vorwärts" verschweigt jetzt auch, dass seinerzeit Karl Liebknecht im Reichstag eine "kleine Frage" an die Regierung richtete, um so an ihr Gewissen zu appellieren und dass die Menschen, die heute aus dem "Vorwärts" sprechen, die waren, die ihn medebüllten und die die Stimme der Menschlichkeit unterdrückten.

Die, die das taten, sind am Armeniermord genau so schuldig, wie Kiamil Pascha.

Der Kiamil Pascha ist gehängt worden, das ist für den "Vorwärts" eine Genugtuung.

Was gedenkt der "Vorwärts" mit den deutschen Helden des Kiamil Pascha zu tun?

Das Saargebiet.

Nach langen Hören und Würgen ist die Kommission der Männer, die zurzeit in Versailles über das Geschick der Welt zu bestimmen glaubt, über den Saargebiet einig geworden. Man will es vorläufig auf die Dauer von 15 Jahren von Deutschland lösen und unter französische Verwaltung nehmen. Nach Ablauf dieser Frist tritt dann das famose "Selbstbestimmungsrecht" in Kraft: Saarabend soll dann abstimmen und Frankreich bzw. geotisch hofft, die deutsche Kirche, bis dahin habe die französische Republik die "Herzen meiner Männer verführt," so dass sie für Frankreich stimmen würden.

Die deutsche Presse verhält daran in ein gemästiges Geschrei, das nur zu vergleichen ist mit dem Schreien auf einem orientalischen Markt, das doch der Einigung vorzugehen pflegt. Von "Vorwärts" bis zur "Kreuzzeitung" wird versichert, dass einem solchen Frieden kein Deutscher je unterzeichnet würde und dass ein solcher Friede kein Friede sei, wie man in Berlin den "Rechtsfrieden" auffasst, der kein Frieden, vielmehr ein Gewaltfrieden sei usw.

Bekanntermassen ist Berlin für die definitive Kesselfest, was ein Gewalt- und was ein Rechtsfrieden sei, nicht ganz unparteiischer Sachverständiger. Es wird die Entente wenig ansehen, wenn da eine Frieden für einen Gewaltfrieden erklären, die Frieden für einen Rechtsfrieden erklären.

Dazu kommt ein weiteres Verhängnis. Sitz Zeit, da der deutsche Stern auf höchster Höhe stand und infolgedessen die deutsche Seele sich unbeschwert entfalte, konnte man tagtäglich lesen, dass Saarabend und Longwy beiden zusammengehörten wie flämische Zwillinge und dass es eine Schändung der Natur sei, dass politische Grenze das trenne, was der liebe Gott zusammen gesetzt habe.

Wie damals die Deutschen, so sind jetzt die französischen Männer für das Vereinigen. Und daran wird sie, wenn sie es können, das ganze Pressegescheh nicht hindern.

Die Frage ist nur, ob es kann. Was steht an Neapel hinter aller Drohung der deutschen Bourgeoisie? Womit macht sie der französische Bourgeoisie, der Entente überhaupt, Angst für den Fall des Rücksturzes? Denn: Was nichts andrer ist mit dem "Bolschewismus", der deutschen Revolution.

Die Céder-Scheidemann-Pose ist schamlos genug, der Entente mit der "Vorwärts" Revolution zu drohen, die sie in Deutschland morden lassen.

Sie erkennst selber an: nichts andres frichtet die Entente mehr denn die deutsche Revolution.

Sie erkennst selber an: nichts andres rettet das deutsche Proletariat vor der Verfolgung durch den Entente-Kapitalismus als das Weiterführen der Revolution.

Und diese Revolution schlägt man inzwischen mit den Nostalgieraden tot.

Wer ist es jetzt, der Deutschland wehrlos macht?

Wer beginnt jetzt "Landesverteidigung" in Deutschland, am deutschen Proletariat?

Sie keine mag jetzt antreten, der doch ein Sozialist ist auf dem Gebiet, andere des Landesvertrags zu bestreiten.

Die Streifslut steigt.

Generalstreik der Angestellten.

Berlin, 15. April. Eine Versammlung der Obmann der freikirchlichen Großhersteller Betriebe erklärte sich heute auf Antrag ohne weitere Diskussion mit allen Stimmen der Anwesenden für den Generalausstand der Angestellten.

Die Streileitung erklärt folgenden Aufruf:

"Der soziale Entscheidungskampf der deutschen Angestelltenchaft gegen das Unternehmertum ist entbrannt. Aus einer unerträglichen wirtschaftlichen Notlage heraus haben sich alle konservativen und technischen Angestellten der Groß-Berliner Metallindustrie wie ein Mann erhoben, um nach mehrmonatigen ergebnislosen Tarifverhandlungen eine ausreichende und gerechte Entlohnung zu erringen. Die fruchtbare Entschlossenheit und der ideale Schmied, mit dem die Aufstandsbewegung der 50 000 industriellen Angestellten vom ersten Tage an einsetzte, war nur dadurch denkbar, dass es diesmal nicht um materielle Werte ging, sondern im Mittelpunkt des gewaltigen Kampfes steht das Mitbestimmungsrecht der Angestellten. Es darf längst nicht von der Entscheidung des Unternehmers allein abhängen, über die Löhne und Arbeitsverhältnisse und damit über das Sein oder Nichtsein des Angestellten zu entscheiden. Die Massenarbeitslosigkeit, die wir zu beklagen haben, ist vielfach auf die passive Resistenz zahlreicher Unternehmer zurückzuführen, die ohne jede Rücksicht auf die Wissenswirtschaft ihre egoistischen Profitinteressen glauben wahren zu müssen. Auch die Reichsregierung, die nach langem Zögern grundsätzlich unsere Forderungen anerkannte, hat bisher den beispielhaften Widerstand des Unternehmertums nicht brechen können. Die Streileitung fordert alle Angestelltenverbände auf, ihre Solidarität zu befinden und in den Streit einzutreten."

Mannheim, 15. April. (W. T. B.) Sämtliche Beamten der Mannheimer Banken sind in den Sympathiestreik für ihre Berliner Kollegen eingetreten.

Berlin, 16. April. (W. T. B.) Heute vormittag wird vorzüglich die Entscheidung fallen, ob es zu einem allgemeinen Streit der Berliner Angestellten kommt oder nicht. Von den Betriebsausschüssen soll den Arbeitgebern die Forderung auf Mitbestimmungsrecht des Arbeitnehmerskreises vorgelegt werden. Bei Ablehnung der Forderungen soll sofort eingezogener Betriebsversammlung der Eintritt in den Streik empfohlen werden. Die Zentralstreikleitung will, wie der Vorwärts schreibt, nach Möglichkeit den Verlauf in Groß-Berlin in vollem Umfang aufrechterhalten. Die Angestellten der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke haben die strenge Weihung erhaben, weiterzuarbeiten. Auch auf die Angestellten der Lebensmittelproduktion wird dagegen bewirkt, dass sie ihre Tätigkeit nicht unterbrechen. Anders liegen die Verhältnisse bei den Büroangestellten der Kohlensäure und der amtlichen Poststellen, die einen Demonstrationsstreik von zwei Tagen beginnen wollen.

Schlägen für die Angestellten.

Berlin, 15. April. (W. T. B.) Wie der Vorwärts hört, ist das Gesetz über die Betriebsräte so gut wie fertiggestellt, so dass es voraussichtlich nach den Osterferien bereits in der Nationalversammlung eingetragen werden kann. — So wird zunächst das Mitbestimmungsrecht gesetzlich geregelt werden. Das Blatt meint, es sei zweifellos richtig, dass die Grüne der gegenwärtigen Konflikte in der Hartbörigkeit eines großen Teiles der Unternehmerschaft liegen. Was im Versicherungs- und Bauwesen gewöhnlich sei, könne in anderen Gewerben nicht unmöglich sein. Andererseits sei zu überlegen, ob es sich bei der jetzigen Wirtschaftslage verantworten lasse, den Kampf bis aufs Ende zu treiben.

Terroristische Hemmten.

Braunschweig, 15. April. (W. T. B.) Eine allgemeine Beamtenversammlung beschloss, den Streit nicht eher abschreien, bis die Arbeiterschaft den Generalstreik bedingungslos aufhält und Garantien gegeben sind, dass der Eisenbahn- und Postverkehr nicht mehr gehindert werden und gegen keinen Beamten Maßregelungen erfolgen. — Die städtischen Beamten beschlossen ebenfalls, im Zustand zu verharren. Die selbstständigen Gewerbetreibenden haben sich zusammengetragen, um den Bürger- und Beamtenstreit durchzuführen zu helfen. Die Geschäfte sollen solange geschlossen bleiben, bis die Arbeiterschaft den Generalstreit beendet.

Gestern nachmittag wurden durch hannoveranische Flieger braunschweigische Zeitungen abgeworfen, die u. a. die Mittelmauer enthielten, das Treffen des General-Märkte im August auf Braunschweig seien. Auf die Flieger wurde sofort ein lebhaftes Gewehreneröffnet, das aber nur den Erfolg hatte, dass ein braunschweigisches Flugzeug getroffen wurde, welches zur Verfolgung der hannoveranischen aufgestiegen war. Die letzteren sind unversehrt entkommen.

Braunschweig, 15. April. (W. T. B.) Seit heute vormittag 11 Uhr ist der Eisenbahnbetrieb durch die Streileitung der Werkstättenarbeiter völlig stillgelegt. Der Streit soll 48 Stunden dauern, mit dem Zweck, Halberstadt in eine höhere Lohnleiste zu versetzen. Der Verlehr der Personen- und Güterzüge durch Halberstadt ist unterbunden. Braunschweig und Magdeburg sind durch den Streit in Mitleidenschaft gezogen.

Magdeburg, 15. April. (W. T. B.) Teile des Landesjägerkorps haben heute früh Helmstedt, das seit der Zeitungs des Ministers Landsberg durch Helmstedter Polizeibeamten von der Braunschweiger Polizei belagert wurde, geweckt. Die Kämpfer sind zusammengekommen. Dabei ist auf Seiten des Landesjägerkorps Hauptmann Dr. Klotz aus Leimbach verletzt. Die Verbündeten der Braunschweiger Polizei lassen sich noch nicht feststellen. Der Sahnverkehr nach Helmstedt ist wieder hergestellt. Das Landesjägerkorps wird in Magdeburg durch Teile des Landesjägerkorps, die unter Führung des Generals von Roedern stehen, abgelöst.

Letzte Nachrichten.

Den Streik beschlossen.

Bremen, 15. April. Mit gewaltiger Majorität beschlossen die Arbeiter der Glanzwerke in den Streik einzutreten. Auch die Arbeiter der Altonaerwerke beschlossen den Eintritt in den Streik.

Die Lage in Bremen.

Bremen, 16. April. (T. II.) Die Bremische Regierung hat beschlossen, auf das Ultimatum der Unabhängigen und Kommunisten wegen Auflösung des Belagerungsaufstandes und Einführung des Rätekonvents nicht zu antworten. Es wurden militärische Vorsichtsmaßregeln für den Fall von Gewalttätigkeiten getroffen. Die bürgerlichen Parteien wollen im Falle eines Generalstreiks in den Abwehrkrieg treten.

Die gefährliche Übungsumme.

Wolfsburg, 15. April. Auf dem Sammelaugusttag fanden Kinder polnischer Arbeiter eine Bürste. Ein Junge machte die Mine aus den Erdböden, so daß sie explodierte. Vier Kinder wurden sofort getötet, drei schwer verletzt. Wie verlautet, ist die Mine bei dem gestrigen Übungsschießen des Rekrutendepots Wolfsburg aus dem Bereich des Übungsortes gesunken und trotz Nachforschungen nicht gefunden worden.

Demonstration Arbeitsloser in Naumburg

Hamburg, 15. April. (T. II.) Nach einer Versammlung zogen gestern 2000 Personen vor das Rathaus und entsandten eine Deputation an den Senat und die Bürgerschaft, die die sofortige Erfüllung ihrer Forderungen, in der Hauptsache eine stark erhöhte Unterstützung und Schaffung von Rohtauarbeiten verlangte. Mit der Antwort, die eine Regelung nach Möglichkeit versprach, gab sich die Menge nicht zufrieden. Mehr als 1000 Personen stürmten das Rathaus und den Metzgermarkt, trugen die Gäste aus diesem Herren und plünderten. Schließlich gelang es der Wache, die Plünderer zurückzudringen. Daraufhin zog die Menge, an deren Spitze sich Metzger befanden, nach dem Alberndorff, der ebenfalls geplündert wurde. Auf der Straße wurden bis in den späten Abend hinein aufreisende Reden gegen Ebert und gegen die Regierung Scheidemann gehalten. Die Stadt war bis gegen 6 Uhr jährlös dem Pöbel preiszugeben. Erst nach 8 Uhr waren Sicherheitsmaßnahmen auf Stelle. Gegen Abend versuchten die Kommunisten, sich auch des Bahnhofs zu bemächtigen, doch scheiterte dieser Anschlag.

Rückzug der Käthe-Kollwitz-Gedenkfeier.

Cologne, 15. April. (M. T. B.) Entsprechend der Zusage des Streiks ist auch in der Vorwoche die Förderung der Züge im Ruhrkreis noch weiter zurückgegangen. Die Förderung, die bis zum Schluss der vorhergehenden Woche auf täglich 35 000 Tonnen gesunken war, betrug am 10. April nur noch 12 000 Tonnen. In normalen Kriegsmonaten besäße sie sich auf rund 350 000 Tonnen täglich.

Ein Bündel von Fälschungen.

Daß hatten die Däumig und Richard Müller vor dem Berliner Arbeiters- und Soldatenrat die Kritik der Kommunisten erkannt, daß der sogenannte zweite Rätekongress ein planmäßig aufrechtegefäßtes Bild einer Rätevertretung sei. Die Kommunisten haben aus dieser Tatsache die einzige legitime Folgerung gezogen: sie sind dem gefälschten Kongress fern geblieben. Sie begnügten sich aber nicht mit dem Boykott. Sie forderten die Berliner Arbeiterräte und den Vollzugsrat auf, den alten Zentralrat, der diese Fälschung aufrechtegefäßt hatte, abzuwählen und selbst die Einberufung des zweiten Rätekonvents auf Grund von Betriebs- und Berufswahlen in die Hand zu nehmen.

Die Entscheidung lag bei den Unabhängigen. Sie lebten ab. Es galt Mut, Initiative und Konsequenz zu zeigen. Das war nicht Sache der Unabhängigen: weder der Linken noch der Rechten.

Es ist klar, der Rätekonvent der Käthe-Kollwitz-Gedenkfeier hätte sich in nichts aufgelöst, der Betrag wäre zu kranken geworden und die Bahn wäre frei gewesen für einen bonapartistischen Rätekonvent, wenn eben die Unabhängigen sich geweigert hätten, bei dem Bündel mitzutun.

Jedoch die Natur der Unabhängigen ist das politische Handelsgefecht, und mag es noch so schwierig sein, sie können ihm so wenig widerstehen, wie die Eute dem Wasser widerstehen kann, mag der Pruß noch so schwungig sein.

Sie gingen also auf diesen Kongress der Fälscher mit dem guten Willen, ein möglichst gutes Gesicht dabei zu machen. Die berühmte „Einführung über die Köpfe der Fälscher“, das ist der Schachter der Führer, der den Massen ins Gewissen geht: „Sie wird, was das Ziel, das sich die Unabhängigen gestellt.“ Was war der Erfolg?

Für die Unabhängigen selbst die Verfolzung in die kammerpolizeielle Selbstverhöhnung, der eine sozialen revolutionären Körperhaft sich je unterzogen, und am Ende der Abzug als bestozogene Bettler.

Für das Proletariat aber ist das Nihilat ein Bündel von Fälschungen revolutionärer Lösungen, die erst wieder überwunden werden müssen, Verhöhnung also und Verhöhnung ihres Formulars.

Die Unabhängigen rannen von Anfang bis Ende des Kongresses mit allen Mitteln der Debatte, mit Beleidigungen und Bitten und Einräumungen gegen die Verteilmaschinerie der Scheidemänner an. Sie glaubten durch parlamentarische Saalpädagogie den Standpunkt dieses Kongresses fest werden zu können. Sie schafften es nicht. Die scheidemännliche Verteilmaschinerie magte sie nach Jahr in den Zug an, welche die Unabhängigen unbarbarisch niederr. Es ist klar, das gegen die politische Fälschung nicht innerhalb der Fälschung angeklagt werden kann, daß, wie auf ihren Böden steht, unter die Räte kommt und zu dem politischen Sozialen noch den moralischen Malci kontraktiert.

Dieses Resultat tritt am ersten Tag in der Wahl des Zentralrats. Die Unabhängigen verloren zunächst für sich verhältnismäßige Vertretung im Zentralrat und als dies abgelehnt wurde, proportionalen Vertretung nach dem Prinzip der am Schlusshing anwesenden Delegierten. Eine Anzahl der Ebert-Mannen — offenbar selbst angefecht von der Statistin, die ihnen die Verteilmaschinerie aufschob — hatten nämlich den Kongress bereits verlassen, ein anderer Teil war schwachend geworden im Glauben an die Verteilmaschinerie. Die Unabhängigen stimmen durch diesen Schachter die Wahlfälschung auf der Kongress aufgehebt war, außer Aktion zu sehen.

Jedoch die Scheidemänner ließen sich nicht darum ein. Sattel der Zentralrat datum die Rätewahlen in der Zürcher verpflichtet,

um sich durch einen Trick die Früchte der Fälschung aus der Hand ziehen zu lassen? Die Unabhängigen waren das Schild mit jungen Parteien begonnen und der jüngere Verband darauf, das es auch mit den jungen Parteien vereint werde. Die Scheidemänner voten den Vorauswahlkabinett-Dokumenten Beurteilung im Zentralrat nach der Rätevertretung an — sie voten zu Ende: sie waren jedoch entwöhnt, die Scheidemänner voten zu Ende zu treten. Die Unabhängigen, die durch die Zähmung dieses Kongresses bis an die Seite gewandert seien am Ende, wo die Rätevertretung drängelte wurde, waren jedoch schon lange von Anfang an betrunken waren, um wo die Rätevertretung eingesetzt habe nicht an der Zähmung des Zentralrats.

Sie haben damit sich selbst geprägt; sie haben den Stab gebrochen und ihre Leistungsfähigkeit aufgegeben. Sie haben auch weit die physischen Bewegungsfähigkeiten entzweit, die sie an dieser Leistung verloren haben. Was war es anderes als die Rätevertretung beim politischen Maßnahmen der Räteplaner zu sein?

Sie ziehen nun ab mit leeren Händen und lärmgeschlagen, und sowohl in die Rechnung ganz in Sonnen.

Aber sie haben zusammen mit den Scheidemännern der Arbeiterräte das gefährliche Bündnis in den Weg geworfen, das ist in diesem Augenblick in den Weg gesetzten werden konnte: den Scheidemännern der Fälschungen der revolutionären Lösungen.

Ein Bündel von Fälschungen ist das, was der gefährliche Rätekongress hinterläßt: die gefährliche Sozialisierung, die gefährliche Arbeiterräte, die durch die Demokratie gefährliche uralte Diktatur, die gefährlichen Soldatenräte.

Um das am leichtesten wiegende vorwegzunehmen: die Sozialisierungsforderung und die Karl Kautzhs. Soweit darin Entwicklung richtig ist, sind es Plakattheiten, die nur Theoretiker vom Schlagzeile des Kongresses vortragen konnten wie das, daß die Sozialisierung nicht mit einem Schlag so vollendet ist. Im entscheidenden Punkte aber, in der Frage: wo ist der Hebel, um die Sozialisierung zu verwirklichen? — in diesem Punkte trifft Kautz in genau mit den Scheidemännern zusammen, daß ihm die Wissensfülle Frau und Freiheit zu den Jüngsten rechnen konnten. Mit ihnen erblickt ein Kautzky den Hebel der sozialen Entwicklung nicht in der selbstständigen Aktion der proletarischen Massen, sondern in der Weisheit eines gelehrten Konsils. Die einzige Differenz zwischen den Kautzky und den Wissensfülle ist, daß Kautzky neben den Scheidemännern Weisen auch die unabhängigen Weisen für die vom Schicksal bestimmten Geburtsfehler des Sozialismus hält, während die Wissensfülle und Kautzky die Erhaltung des Kapitalismus besser mit den Kapitalisten zusammen machen zu können glauben.

Die Weisheit der Käthe-Kautzky läuft im Grunde auf dasselbe hinaus: denn auch sie wollen die einzige Kraft ausschaffen, die den Ummardlungskampf vollziehen kann, die Massenernergie. Nur daß sie die Dornen, den Kapitalismus ohne die Bourgeoisie, den Kapitalismus minus die Ausbeutung, die Überwindung ohne den Kampf, die Umwandlung ohne „Störung“, das Schema in der himmelblauen Lust.

Zum zweiten Schlag des Kongresses, den sogenannten Produktionsräten.

Sie ist in den Hauptzügen die Ausführung des Gedankens der Unabhängigen, nur daß an die Stelle der einfachen Verfälschung die doppelte Verfälschung getreten ist.

Die erste Fälschung trifft die Räte selbst. Die Arbeiterräte werden erneut verfälscht, gelöscht und korrigiert durch die Korporation mit den Unternehmern. Dies geschieht, nicht in Gemeinde, Staat und Reich, die gefährliche Rätevertretung zum zweiten Mal gefälscht durch die bürgerliche Demokratie.

Nur in Deutschland, dem Lande des politischen Erfaches, der fälligen Genies in aller und jeder Institution, war ein solcher Betrug möglich.

Wie wird die Revolution mit ihm fertig?

Sie wird nicht fertig mit ihm, indem sie sich auf den Beden dieses Betruges stellt, indem sie den Betrug innerhalb des Betriebs bekämpfen zu können vermeint.

Das jammervolle Fiasko der Unabhängigen auf dem Kongress liefert den schlüssigen Beweis für die Verfehlung dieser Taktik. Die lächerlichen Positionen der Scheidemännischen Partei machen in misshandeln von den revolutionären Faktionen aus geblümt werden.

Die Betriebs- und Arbeiterräte werden, mehr sie proletarische Vertretungen sind, keine Kapitalisten unter sich dulben. Sie werden ihre Befreiung bemühen nicht nach den Deputaten der Scheidemannregierung und der bürgerlich-parlamentarischen Körperschaften, sondern nach der Kraft, politischen und wirtschaftlichen, die sie in jeder Industrie, in jeder Gemeinde, in jedem Betrieb unter über das Reich weg benennen.

Wenn die Überwindung dieser Fälschungen zugleich bedeutet die Überwindung der Unabhängigen, so haben sie es sich selbst ausgeschrieben. Sie haben es so gewollt und sie werden es so haben.

Die Arbeiter mögen also Betriebs- und Arbeiterräte aus Grund der Betriebs- und Berufswahlen wählen, sie mögen sie reinigen von allen halben und feinen und zerströmischen Elementen, sie mögen von vornherein die „Mitarbeit“ der Kapitalisten abschonen und statt dessen die Räte als Sturmhaie gegen die kapitalistischen und gegen die bürgerlichen Vertretungen in jedem Betrieb zum Kampf gegen das Kapital und gegen Ebert-Scheidemann entfalten können.

Offenbar lädt auf den Boden der proletarischen Diktatur gestellt und ihn zu erobern trachten, werden die Proletarier die Fälschungen des Fälschungskongresses überwinden.

Aus der Internationale.

Die dritte Internationale widmet unserem ermordeten Geheimen Leo Zogla, der in der russisch-polnischen Bewegung unter dem Namen Zogla gekämpft und bekannt war, folgende Nachrufe:

Die III. kommunistische Internationale an die Proletarier der Welt.

Peterburg, 3. April

Die III. kommunistische Internationale wendet sich mit folgendem Befehl an die Proletarier der Welt:

Die neuen Kreuztaten der sozialistischen Regierung in Berlin. Die deutsche sozialdemokratische Regierung hat neuerlich in Verbrennen begangen. Die Regierung Scheidemanns hat ohne Erbarmen Leo Zogla hinrichten lassen, der die polnische sozialdemokratische Partei in der II. Internationale vertreten hatte. Länger als dreißig Jahre hat Zogla in der Sache der Arbeiter für die sozialdemokratische Sache gekämpft. Er stand schon an der Spitze des heldenmütigen polnischen Proletariats, als in Warschau und Lodz die ersten Barricaden errichtet wurden. Viele Jahre hat er im Gefängnis verbracht, weil er für die Interessen der Arbeiter eingetreten war. Im Jahre 1906 wurde er zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt; als ihn die Flucht aus der Gefangenschaft aelana, nahm er sofort wieder zu am den Hauptort der Sozialisten.

Die Eberth-Revolution hat ihn in einem deutschen Kerker, wohin ihn die Regierung Wilhelms II. verbannt hatte. Er war einer der selbstlosen Kämpfer und ein Hauptkämpfer der deutschen Revolution. Er stand in einer Reihe mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Er war einer der Haupt-

leiter der Spartakusgruppe und spätter der deutschen Kommunistenpartei. Der internationale Sozialismus hatte kein selbstloses, energetisches Mitglied als Zogla, den Scheidemann und seine Anhänger, die sie auch nachher noch Sozialdemokraten zu nennen wagen, mir haben erscheinen lassen. Genauso Zogla war ein treuer Kämpfer für die Interessen der Arbeiterklassen und die kommunistischen Ideen. Er wurde hingerichtet, weil er ein Feind der Bourgeoisie war. Die kommunistische Internationale ist überzeugt, daß der Tag naht, an dem die Arbeiters Deutschlands die Heilige der Kommunisten: Scheidemann, Ebert und Noske, nach Verdienst abstimmen können.

Der Präsident des Volksaufsichtsrates:
der kommunistischen Internationale:
Giovanni.

Die III. Internationale an die deutschen Kommunisten.

Die III. Internationale richtete an die deutschen Kommunisten folgendes Radiotelegramm:

An die deutschen Kommunisten!

Durch den frevelhaften Mord an Leo Luxemburg und Karl Liebknecht trachtete die sich sozialistisch nennende deutsche Regierung Hirn und Herz der deutschen und internationalen kommunistischen Bewegung zu treffen. Durch den schändlichen, verächtlichen Mord an unserem Genossen Leo Zogla, der seit seiner frühesten Jugend seine glühende Begeisterung für Freiheit und Recht, seinen unbeweglichen Willen, seinen in Kampf mit dem Kapital ausgestalteten Mut, sein wissenschaftliches Talent, seine seltenen organisatorischen Fähigkeiten in den Dienst der sozialistischen Bewegung gestellt hat, glaubt diese Regierung den Kern des Kommunismus endgültig zu treffen. Nachdem täglich die mutigsten Kämpfer der Rachelust der weihgardistischen Schergen durch ehemalige Kampfgefährten ausgelöscht werden, kann kein Zweifel bestehen, daß es sich um ein System handelt, die dem deutschen und dem Ententeimperialismus und ihren Helfern unterwegs gewordene sozialistischen Streiter los zu werden.

Dieses System, durch das seine Träger sich für ewig mit Blut und Schmach bedecken, ruft im Proletariat der ganzen Welt die tiefste Entrüstung hervor und spricht es zum revolutionären Kampf an. Unter dem Banner des internationalen Kommunismus, vom Geiste der Würde der sozialen Revolution geleitet, geloben die klassenbewußten Proletarier aller Länder, ihren Kampf nicht eher aufzugeben, als bis alles und alle besiegt sein werden, die dem Siege des Sozialismus im Wege stehen.

Die deutschen Kommunisten mögen überzeugt sein, daß sie in ihrem schweren Kampfe, in ihrer Rache um ihre ermordeten Führer nicht allein stehen: ebenso wie die Kommunisten aller Länder überzeugt sind, daß ihre deutschen Kampfgefährten in ihrem Willen zum Sieg sich durch nichts erschrecken lassen.

Glorioses Andenken den Märtyrern der sozialen Revolution! Ewig Schmach den Herrnern und Henkern der Arbeiterklasse! Es lebe die soziale Revolution!

Moskau, 1. April 1919.

Die III. Internationale

Die Demonstration des Pariser Proletariats gegen die Bourgeoisie.

Die Demonstration, die das Pariser Proletariat gegen den Freitod des Widders von Juarez durch die Pariser Geschworenen, aufgebogen, hat gestaltet sich zu einer überwältigenden Demonstration der Macht des Proletariats. Das ganze proletarische Paris war herbeigeeilt. Über 3 Stunden zogen die Menschenmassen — wohl über 300 000 — mit wehenden roten Fahnen an dem Standbild Juarez vorüber. Massenhaft war auch die Beteiligung der Soldaten. Sie hefteten in großer Zahl ihre militärischen Auszeichnungen an das Tuch an, das die Bildhauer vom Juarez dargestellt: Ein sprechendes Symbol der Befreiung vom nationalistischen und imperialistischen Gedanken.

Dem Pariser Proletariat hat diese überwältigende Kundgebung das Bewußtsein seiner gewaltigen Macht gegeben.

Paris lebt hofft darüber in der „Humanité“:

„Die reaktionären Blätter suchen die große Bedeutung des Sonntags (6. April) zu verkleinern.“

Kinderleseseminar! Das Volk hat sich gezählt und es hat abermals seine Zahl und seine Macht erkannt. Es war Herr seiner selbst und hat sich diesmal mit dieser bestiedigenden Festschrift begnügt. Auf den ersten Anruf antworten 300 000 Männer in Paris: „Hier!“ Das ist eine Tatsache, deren Größe und Folgen fortan niemand mehr verkleinern kann.

Die Folgen haben sich den Augen unterrichteter Leute schon offenbart. Und in der Bourgeoisie selbst, die zur Stunde so verzweifelt ist durch die Ereignisse in ganz Europa, sind die Leute zahlreich, die das begreifen. Die Betriebszeit ist außerordentlich in den Gewerken und in den Dingen und in allen Kreisen verhöhnend geworden. Sie sind sich die vornehmen Einstellungen über die Wirklichkeit. Es waren vielleicht einige verschleierte Utopisten, die noch von Bürgertum und Umarmung im Siege träumten. Sie sind zum Geschmack der rauhen Wirklichkeit gebracht worden durch die Geiste der 12 Geschworenen der Seine; die Rückwirkungen dieser schrecklichen Tat sind noch nicht am Ende.

Cachin — Angehöriger des sozialistischen Zentrums, eine Richtung Hache-Kautz — richtet sodann an das Proletariat die Aufforderung zur „Einigkeit“.

Dem französischen Proletariat wird der dormentvolle und opferreiche Weg der Herstellung der Einigkeit erst am Ende eines langen Weges der Erkenntnis, die die Klarheit bewirkt, ebensoviel erwart bleibt, wie irgendeinem andern Proletariat.

Der Eintritt in den wirklichen revolutionären Kampf, zu dem diese Demonstration das Vorbild ist, wird also bald die Geister schrecken.

Die Demonstration verlief im allgemeinen in Ordnung, trotz starlem Polizeiaufgebot. Einzelheiten ergaben sich nur aus Versuchen der Polizei, den anarchistischen Gruppen, die mit im Zug treten wollten, ihre schweren Fäuste zu entziehen.

Bemerkenswert ist auch die Teilnahme einer Anzahl von kommunistischen Studierenden und Arbeitern an der Demonstration.

Auf die französische Bourgeoisie hat diese Demonstration einen gewaltigen Eindruck gemacht. Amor nicht die hützerliche Presse gute Rücksicht zum bösen Spiel zu machen, aber die Freude der großen Bourgeoisie äußert unverhohlen ihre Beifallung.

Während der „Radical“ die Manifestanten als „unpolitisch“ hingestellt sucht, tadelt die „Action Française“ die Regierung, daß sie die Demonstration erlebt und der „Temps“, das Blatt der hohen Finanzen steht folgenden Angstdruck aus:

Vollstrecken haben und sich der Gewalt zu bemächtigen sucht und zum Nutzen einiger Auswiegler jene Diktatur des Proletariats zu errichten sucht, die alle Unterdrückung und Tyrannie in sich hat.

Aus diesen Zeilen spricht die schlotternde Furcht, dass die Massen, die am 5. April sich ihrer Zahl und Macht bewusst geworden sind, aus die Fänge der Revolution geraten. Diese Furcht bereist die Weite und Größe des „Gesetzes“.

Ein Kongress der Arbeitslosen.

Am 5. und 6. April wurden in Berlin ein Reichskongress der Arbeitslosen abgehalten. 54 Delegierte waren anwesend, von denen jeder durchschnittlich 2000 Arbeitslose vertreten. Die Verhandlungen standen offenbar unter politischem Einfluss und daher auf einer erheblich höheren Warte als der Kongress der Arbeiter. An den Reichspräsidenten, an das Demobilisationsamt, an das Reichswirtschaftsamt und das Reichsarbeitsamt standte der Kongress folgende von ihm erhobene Forderungen: Rückgängigmachung der Verkürzung von Unterstützungsleistungen, Belebung der Unterstützung auch für Sonntags, die Errichtung eines Reichsgerichtes für Erwerbslosen unter Mitarbeit des Reichserwerbslosenausschusses und Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse durch alle behördlichen Stellen.

Der Reichsminister Schmidt hatte an den Reichserwerbslosenausschuss ein Antwortschreiben gerichtet, in dem er mitteilte, dass Wünsche der Erwerbslosen in Empfang genommen würden, welche bei wichtigen Verfügungen gehört werden könnten. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Dagegen erscheint eine besondere, sich über das ganze Reich erstreckende Organisation der Erwerbslosen nicht angebracht, da die zurzeit herrschende Erwerbslosigkeit doch nur ein vorübergehender Zustand ist und da die Interessen der Erwerbslosen durch die Vertretungen der Arbeitnehmer, der Angestellten und des Handwerks im Verein mit den staatlich eingesetzten Organen und unter Mitwirkung der Arbeitlosen entsprechend gewahrt sein dürfen.“

Die verschiedenen aufgetretenen Forderungen därfen den Reichsminister darüber belehren haben, dass die Arbeitslosen nicht daran denken, sich mit dem ihnen zugesetzten Einsingericht zu begnügen. Dem Kongress lag der Entwurf eines Reichsgesetzes für die Erwerbslosenfürsorge vor. Aus dem § 26 umfassenden Entwurf gehen wir die folgenden Bestimmungen hervor:

„Für alle Angelegenheiten der Erwerbslosenfürsorge wird beim Reichsarbeitsamt ein besonderes Referat errichtet, dem der Reichserwerbslosenausschuss mit allen Rechten angehört. Alle gesetzlichen Maßnahmen in der Erwerbslosenfürsorge müssen mit Zustimmung des Reichs-Erwerbslosenausschusses gefasst werden.“

Die von den Erwerbslosen gewünschten Zusätzliche, Erwerbslosenträte und dergl. werden von aller staatlichen und kommunalen Behörden als berufene Interessentreter der Arbeitslosen erkannt und bestätigt. Ihre Mitwirkung bei allen die Erwerbslosenfürsorge angehenden Aufgaben darf von keiner de-föderalen Seite abgelenkt werden.

Zu dem Bereich des Referates für Erwerbslosenfürsorge gehörte: 1. Alle Fragen der Erwerbsbeschaffung und Rohstoffverteilung. 2. Alle Fragen der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitsvermittlung. 3. Das gesuchte ländliche Siedlungsproblem.

Arbeitgeber, die ohne zwingende wirtschaftliche Notwendigkeit einen Arbeiter oder Angestellten entlassen, tragen für ihn die gesamten Kosten der Erwerbslosenunterstützung. Über die Frage, ob eine wirtschaftliche Notwendigkeit für Entlassung voraussetzt, entscheidet der Reichserwerbslosenausschuss.

Nach längerer Debatte wurde die endgültige Ausarbeitung des Entwurfs dem Reichserwerbslosenausschuss überreichen, der sich aus 15 Mitgliedern zusammensetzte:

Der Vertreter des Demobilisationsamtes gab die Erklärung ab, dass über die Anerkennung des Reichserwerbslosenausschusses das Gesamtministerium zu entscheiden habe. Als Mittel gegen die Not durch Erwerbslosigkeit empfahl er die Erwerbslosenversicherung. Zettels der Versicherung der Erwerbslosenunterstützung schwachen Verhandlungen. Für andere Forderungen sei die Erwerbslosenunterstützung nicht erforderlich. Gegenüber der Versicherung des Regierungsvorstandes, dass die russischen Gefangenen möglichst bald entlassen würden, wurde von den Arbeitslosenräten darauf hingewiesen, dass deutsche Arbeiter entlassen und durch polnische ersetzt würden. Weiter musste sich der Herr fragen lassen, dass die Arbeitslosigkeit keine vorübergehende Erscheinung könne, sondern nur mit der kapitalistischen Wirtschaft verschwinden könne.

In einem kurzen Referat empfahl der Referent Wendel (R. P.) die Schaffung landwirtschaftlicher Produktivgenossenschaften auf kommunistischer Grundlage. Den Erwerbslosen müsse Grund und Boden zur landwirtschaftlichen Bearbeitung überwiesen werden, der selbstverständliche im Besitz der Allgemeinheit bleiben sollte.

Die Konferenz wandte sich dann gegen die Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung. Sie forderte höhere Unterstützungsätze für die Jugendlichen, damit diese sich nicht, durch die Not gezwungen, der Rotegardisten anzuschließen müssten. Weiter forderte die Konferenz baldige Sozialisierung der industriellen Unternehmer und der großen landwirtschaftlichen Betriebe. Weiter forderte der Kongress die Aufhebung des Belagerungszustandes und Entlassung aller politischen Gefangenen. Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen:

Der Reichskongress der Erwerbslosen fordert alle deutschen Proletarier auf, alle Zeitungen, die Werbeinstrumente der Freiwilligentruppen aufnehmen, in Zukunft energetisch aus dem Hause zu weisen, soweit alle Geschäfte zu bogotieren, die vor oder in ihren Geschäftsräumen die Heimplatze gegen den Volksbewusstsein oder die Werbeplatze der Freiwilligentruppen zum Ausgang bringen. An alle örtlichen Arbeiterräte ergeht ferner die Forderung, unverzüglich alle nur irgend möglichen Maßnahmen zur Schließung der Werbeblätter in die Wege zu leiten.

Der Reichserwerbslosenkongress fordert allen denen, die sich bei den Freiwilligentruppen anmerken lassen, und sonst den ausführlichen Verwendung der Freiwilligentruppen als Henker des Proletariats noch bei ihnen verbleiben, die tiefe Herauslösung aus und erlässt sie als unwürdig, jemals wieder mit ehrlichen deutschen Proletarien zusammen zu arbeiten. Der Kongress fordert alle Proletarier im Reiche auf, unverzüglich

in Betriebsversammlungen zu beschließen, dass kein ehemaliger Rotegardist künftig in einem deutschen Betriebe Arbeit finden soll, weil das Proletariat insgesamt die Einstellung derartiger Vertreter des Proletariats verhindern wird.“

An die ungarische Räterepublik sendet der Kongress folgendes Telegogramm:

„Der am 5. und 6. April in Berlin tagende Reichserwerbslosenkongress entbietet der ungarischen Räterepublik die herzlichsten Grüße. Der Kongress fühlt sich einig mit dem gesamten revolutionären Proletariat, befiehlt sich zur internationalen Räterepublik und gelobt, auch in Deutschland denrettenden Weltrevolution den Weg zu ebnen.“

Regierung sei also nicht schuldlos. Die Dresdner Fortschrittsgruppe haben die Regierung zum Entgegenkommen erneut gemacht. Es empfiehlt, den Streik bis zum 20. April hinauszuschieben. In einigen Leipziger Leute glaubt nicht, dass die Regierung die Verträge halten wird. Es gibt in der ganzen Welt keine wortbrüderliche Regierung als die jetzige deutsche. Man müsse an den auffälligen Forderungen festhalten. Nach weiterer Ausprache würde eine Resolution annehmen, wenn die Fortschrittsgruppe auf ihren Forderungen bestehen bleibt und wenn bis Mittwoch mittag keine befriedigenden Zugeständnisse gemacht werden, sofort in den Streik treten.“

Schmalz und Sped. Wie das Leipziger Tageblatt zuverlässig erfahren haben will, sollen in Dresden 50 000 Kilo Schmalz und etwa 40 000 Kilo Sped von der Entente angeliefert werden. Wenn die Feigkeiten wirklich in Dresden sind, werden sie schon rechtzeitig zur Messe in Leipzig sein, damit die Menschen das Kohlsüberbrot nicht trocken zu kauen brauchen.

Ein Kammerlager wurde, wie die „L. V.“ berichtet, beim Bäckermeister Schäfer in Leipzig gefunden. Der Mann hatte neben Wurst, Spez, Salinen, große Ballen Stoffe, 4 große Schlüsse ausgelassen Tafel, 75 Pfund Seifenputzer, 75 Pfund gute Kerneife, 88 Pfund Zuder, 4 Spedeten, 10 wollene Mützedekken, 50 verschiedene Bürsten, eine Haut Leder und anderes mehr aufgestapelt.

Zur Schließung der Universität Leipzig hat sich das sächsische Ministerium des Kultus und der öffentlichen Arbeiten einverstanden erklärt. Das Sommersemester soll später beginnen. Das Ministerium sichert dem Erleichterung der Prüfungen zu, der drei Monate im Grenzschutz gestanden hat. Schließlich erhält das Ministerium Studierenden, die durch den Streik im Grenzschutz in bedrohte Lage geraten sind, besondere Unterstützung zu.

Die Feuerbestattung macht Fortschritte. In Leipzig sind nach dem Bericht des Vereins für Feuerbestattung im Jahre 1918 1143 Einäscherungen zu verzeichnen, in den sechs läufigen Kreisrathausen 3859 und in ganz Deutschland mit 53 Anstalten 15 000. Seit Bestehen der Kreismatrien fanden in Deutschland rund 110 000 Einäscherungen statt.

Autorverbindung Leipzig-Berlin. Während der Zeit vom 15. April bis 15. Mai soll zwischen Leipzig und Berlin Kraftfahrtverkehr eingerichtet werden. Die Fahrt soll fünf Stunden dauern.

Bereinstkalender der K. P. D.

(Spartakusbund).

Ortsgruppe Leipzig:

Zentrum: Donnerstag, 17. 4. abends 7 Uhr: Versammlung im „Tivoli“, Windmühlenstraße. Vorlesung über Lenius: Staat und Revolution.

Ost: Donnerstag, 17. 4. abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung im Gasthof „Zum goldenen Schiffchen“, Hildebrandstraße.

Südosten: Donnerstag, 17. 4. abends 1/2 Uhr: Versammlung im Restaurant „Stadt Hof“, Ecke Hofer Straße. Vorlesung: Die russische Revolution.

Westen: Donnerstag, 17. 4. abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung in den Westendhallen, Zschöchersche Straße. Von 6 Uhr an werden Mitglieder aufgenommen.

Nordwest: Donnerstag, 17. 4. abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung im „Niedau-Musikan“, Göhlis, Elsterstraße. 1. Revolutionsstudien, 2. Organisation und Agitation. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Von 1/2 Uhr an Neuaunahme von Mitgliedern.

Berantwortlich für die Redaktion: Georg Schumann, Leipzig.

Direkt: Auskunftsberater „Spartakus“, Leipzig.

Zeitung: Die Rote Fahne". O. n. d. S. Berlin.

BESTELLSCHEIN

Bitte ausfüllen und an die Expedition „Die rote Fahne“, Leipzig, Stötteritzer Straße 4, senden.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

ab 1 Exemplar der täglich einmal erscheinenden Zeitung

DIE ROTE FAHNE

Zentralorgan des Spartakusbundes

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____ Nr. _____

(Name deutlich schreiben, genau ausfüllen.)

Liebertwolkwitz

Donnerstag, den 17. April, abends 8 Uhr

Einwohner-Versammlung

im Gasthof „Schwarzes Ross“. Georg Schumann spricht über:

„Was wollen die Kommunisten?“

Zahlreichen Besuch erwartet

K. P. D. (Spartakusbund) Gruppe Leipzig.

Mitglieder des R.- u. S.-Rates Leipzig

die in der K. P. D. (Spartakusbund) Ortsgruppe Leipzig organisiert sind und solche Mitglieder, die sich der zu gründenden Fraktion der K. P. D. anschließen wollen, werden ersucht, sich

am Sonnabend, 19. 4., abends 6 Uhr

im Tivoli, Windmühlen-Straße, zu einer Besprechung einzufinden.

Ortsgruppe Leipzig der K. P. D. (Spartakusbund).

Straßenverkäufer

Verkäufer in den Betrieben

und

Genossen, die die Zeitung

in ihrer Wohnung

verkaufen wollen, ersuchen wir, sich schnellstens in der Hauptvertriebsstelle,

L.-Reudnitz, Stötteritzer Str. 4 (Laden),

zu melden.

Die Expedition.